DEMOKRATIE UND GESELLSCHAFT 23.11.2026 | Samuel Decker

3, 2, 1 ... meins? Denkste!

Bezahlbarkeit soll das neue Gewinnerthema der Linken sein. Doch auch die extreme Rechte hat es längst für sich entdeckt.

Bezahlbarkeit scheint das neue Erfolgsthema der Linken zu sein. Bei den Berliner Abgeordnetenhauswahlen im September gelang der Partei unter dem Motto „Berlin bezahlbar machen" ein historischer Wahlerfolg. Die intellektuelle Begründung für diese Politik liefert gegenwärtig vor allem die Ökonomin Isabella Weber. In ihrem gerade erschienenen Buch *Antifaschistische Wirtschaftspolitik* entwirft sie ein wirtschaftspolitisches Gegenprogramm zum Aufstieg der extremen Rechten. In einem Beitrag für die *Blätter* formuliert Weber die politische Hoffnung, die damit verbunden ist: „Wo der Faschismus lediglich Sündenböcke präsentiert, bietet dieses Programm echte Auswege aus der Existenzkrise und der Krise der Ungleichheit."

Die Idee besitzt eine unmittelbar einleuchtende strategische Logik, die vor Kurzem im britischen Fachjournal *IPPR Progressive Review* unter dem Begriff *Cost of Living Populism* diskutiert wurde. Das Argument: Bei migrationspolitischen und kulturellen Konflikten ist die Wählerkoalition der radikalen Rechten vergleichsweise geschlossen, während progressive Parteien damit häufig ihre unterschiedlichen Milieus gegeneinander aufbringen. Bei ökonomischen Verteilungskonflikten könnte sich dieses Verhältnis umkehren. Schließlich vereint die radikale Rechte abhängig Beschäftigte mit niedrigen Einkommen ebenso wie Unternehmer und wohlhabende Steuerzahler, deren materielle Interessen keineswegs deckungsgleich sind.

Dass die Bezahlbarkeitsfrage weltweit an politischer Bedeutung gewinnt, ist kein Zufall. Dahinter steht mehr als eine vorübergehende Teuerungswelle. Klimakrise, geopolitische Konflikte und die Abhängigkeit von fossilen Energien sorgen für wiederkehrende Preisschocks, die sich durch die gesamte Wirtschaft fortpflanzen. Wie Isabella Weber und andere wissenschaftlich nachgewiesen haben, können Unternehmen in konzentrierten Märkten solche Krisen nutzen, um Preiserhöhungen durchzusetzen und ihre Gewinnmargen zu verteidigen oder sogar zu vergrößern.

Selbst wenn die Inflation wieder zurückgeht, bleiben Lebensmittel, Energie und andere lebensnotwendige Güter häufig dauerhaft teurer. Die Frage, wie sich ein gesichertes Leben finanzieren lässt, entwickelt sich damit weltweit zu einer zentralen Konfliktlinie, die auch in den jüngsten Jugendprotesten eine wichtige Rolle einnahm beziehungsweise -nimmt.

Die Proteste haben unterschiedliche Ursachen und politische Träger, doch sie verweisen auf eine gemeinsame Erfahrung: Selbst Erwerbsarbeit garantiert zunehmend nicht mehr den Lebensstandard, den Menschen bisher für selbstverständlich oder zumindest erreichbar hielten. Auch bei den *Midterm*-Wahlen am 3. November in den USA war die Krise der Lebenshaltungskosten ein entscheidendes Motiv für den Sieg der Demokraten.

Selbst Erwerbsarbeit garantiert nicht mehr den Lebensstandard, den Menschen bisher für selbstverständlich hielten.

Stehen wir also am Beginn einer politischen Gegenbewegung von links? Die internationale Protestwelle, die Unzufriedenheit mit der Trump-Regierung in den USA oder der Berliner Wahlerfolg der Linkspartei könnten diesen Eindruck nahelegen. Eine Politik, die den Anspruch erhebt, das Leben wieder bezahlbar zu machen, scheint über die klassischen linken Milieus hinaus anschlussfähig zu sein.

Doch diese Schlussfolgerung könnte sich als gefährlicher Trugschluss erweisen. Denn die Bezahlbarkeitsfrage ist keineswegs ein linkes Monopol. Die extreme Rechte hat längst selbst erkannt, welches politische Potenzial in der Unzufriedenheit über hohe Preise liegt. Und sie beschränkt sich dabei keineswegs darauf, Migrantinnen oder anderen gesellschaftlichen Gruppen die Schuld zuzuschieben.

In Deutschland macht die AfD bereits seit Jahren gegen hohe Lebenshaltungskosten mobil. Schon 2019 kritisierte sie die geplante CO_2-Bepreisung als zusätzliche finanzielle Belastung für Pendler und Familien. Mit der Inflations- und Energiepreiskrise 2021/22 weitete sie diese Argumentation zu einer umfassenderen Entlastungspolitik aus. Unter dem Motto „Preistreiber stoppen!“ forderte sie im April 2022 die Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel, niedrigere Steuern auf Energie und Kraftstoffe und sogar eine Anpassung von Mindestlohn und Grundsicherung an die Inflation.

Auch international ist die Rechte auf diesem Feld längst aktiv. Schon bei der französischen Präsidentschaftswahl 2022 stellte Marine Le Pen die Kaufkraft ins Zentrum ihrer Kampagne und versprach, die Mehrwertsteuer auf Energie von 20 auf 5,5 Prozent zu senken. In

Österreich fordert die FPÖ niedrigere Spritsteuern und die Abschaffung der CO_2-Bepreisung. Die britische Partei *Reform UK* verspricht den Haushalten, die jährliche Energierechnung um 250 Pfund zu senken. Es handelt sich also keineswegs um vereinzelte Reaktionen auf aktuelle Preisschocks.

Wie sich diese Entwicklung seit der Energiekrise 2022 vollzogen hat, untersuchte der Politikwissenschaftler Jasper Praet bereits Anfang 2023 in seinem Aufsatz *The European Radical-Right and the Energy Crisis: A Window of Opportunity*. Seine zentrale Beobachtung: Die steigenden Energiepreise eröffneten den europäischen Rechtsaußen-Parteien ein politisches Gelegenheitsfenster, weil sich die Unzufriedenheit über hohe Lebenshaltungskosten unmittelbar mit ihren ideologischen Positionen verbinden ließ.

Die steigenden Energiepreise eröffneten den europäischen Rechtsaußen-Parteien ein politisches Gelegenheitsfenster.

Der erste Anknüpfungspunkt ist eine tief verankerte Kritik an staatlichen Steuern, Abgaben und vermeintlicher Verschwendung öffentlicher Mittel. In dieser Erzählung sind hohe Preise nicht in erster Linie das Ergebnis wirtschaftlicher Krisen und privater Preismacht. Verantwortlich ist vielmehr ein Staat, der den Bürgern hemmungslos das Geld aus der Tasche zieht. Die AfD macht aus dieser Unzufriedenheit eine umfassende politische Problemdiagnose. Auf der Website „Deutschland entlasten!“ behauptet sie, der Staat kassiere an den steigenden Energiepreisen kräftig mit. Die Forderung nach niedrigeren Rechnungen wird so zugleich zur Kritik an einem angeblich übergriffigen und verschwenderischen Staat.

Von hier aus lässt sich eine zweite Verbindung herstellen: zur Ablehnung der herrschenden Klimapolitik. CO_2-Preise, die Verteuerung fossiler Energien und staatliche Vorgaben zur ökologischen Transformation werden zu Belegen dafür, dass politische Eliten die Lebensrealität gewöhnlicher Menschen ignorieren würden. Der Soziologe Till Hilmar hat in einer Untersuchung der Kommunikation von AfD und FPÖ gezeigt, wie eng beide Parteien wirtschaftliche Argumente mit ihrer Kritik an der herrschenden Klimapolitik verknüpfen. Die wiederkehrenden Erzählungen lauten: Klimaschutz gefährde den wirtschaftlichen Wohlstand, belaste gerade diejenigen, die sich kaum wehren könnten, diene verborgenen Interessen und werde von ideologisch verblendeten Eliten betrieben. Die Forderung nach

bezahlbarer Energie wird damit zugleich zum Argument gegen eine Klimapolitik, die primär auf höheren Preisen für fossile Energieträger und einer moralischen und ökonomischen Sanktionierung des individuellen Verbrauchs beruht.

Ein dritter Anknüpfungspunkt ist die Außenpolitik. Auch hier zeigt Praet, wie sich das Versprechen günstiger Energie mit bereits vorhandenen Positionen der Rechten verbinden lässt. Während der Energiekrise 2022 forderten die AfD und andere europäische Rechtsaußen-Parteien eine Aufhebung der Russland-Sanktionen und die Wiederaufnahme russischer Gaslieferungen. Damit konnte sie ihre außenpolitische Position als vermeintlich pragmatische Antwort auf die Sorgen der Bevölkerung präsentieren: Statt geopolitischer Konfrontation und teurer Sanktionen wird eine politische Alternative präsentiert, die sich vermeintlich am Wohlstand der eigenen Bevölkerung orientiert und dabei auch eine – aus der Friedensbewegung bekannte – Sehnsucht nach einer friedlichen Weltordnung bedienen kann. Auf diese Weise wurde die Kritik an der westlichen Russlandpolitik mit materiellen Alltagsinteressen und mit politischen Einstellungen verwoben, die bislang nicht als rechts galten.

Schließlich lässt sich sogar die Forderung nach Entlastung selbst mit dem Angriff auf politische Gegner verbinden und zur Konstruktion leicht verständlicher Feindbilder nutzen. Die AfD erklärt in ihrer aktuellen Entlastungskampagne, niedrigere Energieabgaben durch Kürzungen bei Klimaschutz, Entwicklungshilfe, Nichtregierungsorganisationen und Parteien finanzieren zu wollen. Damit bietet sie nicht nur eine Antwort auf die Frage, wie die Menschen weniger bezahlen sollen, sondern zugleich eine Erklärung, wohin das Geld ihrer Ansicht nach bisher geflossen sei.

Die Rechte kann die Forderung nach niedrigeren Preisen nutzen, um ihre bisherigen Positionen als Antworten auf konkrete Alltagsprobleme zu präsentieren.

Die Bezahlbarkeitsfrage eröffnet der Rechten damit die Möglichkeit, ganz unterschiedliche politische Anliegen miteinander zu verknüpfen. Was zunächst als Forderung nach niedrigeren Lebensmittel-, Strom- oder Benzinpreisen erscheint, kann zugleich als Argument gegen Klimaschutz oder die bestehende Außenpolitik dienen. Die materiellen Sorgen der Bevölkerung werden in eine politische Erzählung eingebaut, in der nicht private Rendite-Interessen für die hohen Lebenshaltungskosten verantwortlich sind, sondern vor allem staatliche Eingriffe, politische Eliten und internationale Verpflichtungen. Mit dem Versprechen

> allgemeiner Steuersenkungen – etwa durch die Einführung einer *Flat Tax* – gelingt es der Rechten dabei teilweise, die gegensätzlichen wirtschaftlichen Interessen ihrer einkommensschwachen und ihrer wohlhabenden Wählergruppen zu überbrücken, indem sie beiden Entlastung verspricht, obwohl sie davon in sehr unterschiedlichem Maße profitieren würden.

Bei aller ideologischen Aufladung der Bezahlbarkeitsfrage darf nicht übersehen werden, dass die Rechte mit ihren Forderungen durchaus reale materielle Entlastungen verspricht – und dies mitunter unmittelbarer und verständlicher als die Linke.

Gerade an dieser Frage zeigt sich das strategische Problem für die Linke: Sie konkurriert nicht nur mit den ideologischen Deutungen der Rechten, sondern auch mit Entlastungsversprechen, die an reale materielle Interessen anknüpfen und unmittelbar einleuchten. Die Rechte kann die Forderung nach niedrigeren Preisen nutzen, um ihre bisherigen Positionen als Antworten auf konkrete Alltagsprobleme zu präsentieren. Wie auch Praet schlussfolgert, muss sie deshalb ein politisches Umfeld, in dem Migration nicht das alles beherrschende Thema ist, keineswegs fürchten. Auch wirtschaftliche Konflikte bieten ihr die Möglichkeit, über ihre bisherigen Kernmilieus hinaus Menschen anzusprechen und ihre politischen Vorstellungen gesellschaftlich zu verankern.

Auf die Hoffnung, wirtschaftliche Verteilungskonflikte müssten nur wieder stärker ins Zentrum der politischen Auseinandersetzung rücken, damit die gesellschaftliche und die parteipolitische Linke gegenüber der Rechten an Boden gewinnt, könnte daher ein böses Erwachen folgen. Die Bezahlbarkeitsfrage ist kein politisch unbesetztes Terrain, auf dem die Linke automatisch im Vorteil ist. Sie trifft vielmehr auf ein bereits etabliertes rechtes Entlastungsangebot, das konkrete materielle Verbesserungen verspricht und diese mit einer umfassenderen politischen Erzählung verbindet. Entscheidend ist deshalb nicht allein, ob die Linke Bezahlbarkeit zu ihrem zentralen Thema macht, sondern ob ihre Antworten auf die Krise besser verfangen als jene der Rechten.

Dies ist eine gekürzte Fassung des Artikels Linke haben kein Monopol auf Bezahlbarkeit von Samuel Decker, der bei Jacobin *erschienen ist.*



Samuel Decker

Samuel Decker ist politischer Ökonom, wissenschaftlicher Mitarbeiter für linke Fiskal- und Wirtschaftspolitik im Bundestag sowie Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac.